

Offener Brief des Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot

zur Position der ÖVP, in Österreich müsse kein Kind ohne warme Mahlzeit auskommen

Das Bündnis gegen Armut & Wohnungsnot ist ein Tiroler Zusammenschluss von über 300 Einrichtungen, Institutionen und Dachverbänden aus den Bereichen Soziales, Arbeit, Gesundheit, Bildung, Religion und mehr. Die Mitglieder vereint eine breite, überparteiliche Solidarität mit armutsbetroffenen Menschen. Aus gegebenem Anlass sehen wir es als erforderlich an, Stellung für armutsbetroffene Menschen in Österreich zu beziehen. Damit zeigen wir Haltung.

Die Menschen, mit denen wir arbeiten, haben das Ziel, die beste Zukunft für ihre Kinder zu ermöglichen. Die Menschen, mit denen wir arbeiten, können häufig nur wählen zwischen der gesunden warmen Mahlzeit oder der offenen Logopädie Rechnung, der Teilnahme am Nachhilfeunterricht oder dem Sportkurs. Es sind strukturelle Gegebenheiten und ökonomische Ungleichheiten, die dazu führen, dass Armut in Österreich vererbt wird. Es liegt nicht am Versagen von Eltern, wenn das Kind „kein warmes, gesundes Essen“ bekommt, sondern es sind Fragen der Verteilungsgerechtigkeit. Es gilt also Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Eltern tatsächlich ermöglichen, ihren Kindern Teilhabe, Gesundheit und Zukunftsaussichten zu ermöglichen. Diese Rahmenbedingungen verantworten politische Entscheidungsträger*innen.

Die Volkshilfe mit ihrem Ziel Kinderarmut abzuschaffen, die Armutskonferenz, die Statistik Austria – alle liefern Zahlen und Fakten zur realen Situation von armutsgefährdeten Menschen in Österreich und von Menschen, die in Österreich tatsächlich in Armut leben. Wir werden die Fakten hier nicht wiederholen, sondern aufzeigen, weshalb wir es als problematisch sehen, dass in dem Videoclip von Kanzler Nehammer marginalisierte Menschen unwürdig behandelt werden und weshalb die Reaktionen innerhalb der ÖVP-Regierung mit der Distanzierung der politischen Verantwortung problematisch ist. Die ÖVP regiert seit über 35 Jahren mit, stellt seit 2017 den Kanzler (bis auf die Interimsregierung Bierlein). Die ÖVP trägt Verantwortung für die Lebenssituation von armutsbetroffenen Menschen in Österreich.

Was es braucht, um Armut abzubauen, das liegt seit Jahren auf der Hand. Woran es mangelt, ist der Umsetzungswille – auch der ÖVP. Dies zeigt sich insbesondere in folgenden Bereichen:

Bildung

Neben Armut wird in Österreich Bildung vererbt, der Bildungsabschluss der Eltern entscheidet über den wahrscheinlichen Bildungsabschluss der Kinder. Je länger alle gemeinsam unterrichtet werden, umso höher sind die Bildungschancen für alle. Dennoch hält die ÖVP seit Jahrzehnten am Modell Gymnasium und Sonderschule fest und verhindert damit echte Chancengleichheit für alle Kinder in Österreich.

Kinderbetreuung

Österreich erreicht die Barcelona-Ziele der Betreuung von Kindern unter drei Jahren nicht. 2022/23 verfügen keine 30% der Kinder unter drei Jahren über einen Kinderbetreuungsplatz. Erst durch die Entwicklungen der letzten Monate und insbesondere der Vollbeschäftigung und dem Fachkräftemangel, scheint ein Umdenken in Sachen Elementarpädagogik in Gang zu kommen. Dass Kinderbetreuung ein zentraler Schlüssel für die Bildung und Entwicklung darstellt, ist schon lange bekannt.

Frauen*

Teilzeit- und niedrige Beschäftigungsquoten von Frauen* sind Resultate mangelnder Kinderbetreuungsangebote und tradierter Rollenbilder. Den Forderungen von Frauen*organisationen nach echter Gleichstellung wird nicht hinreichend nachgekommen. Frauen* sind weiterhin in Führungspositionen unterrepräsentiert, sie sind häufiger von Altersarmut betroffen und der Gender Pay Gap führt nicht nur zur finanziellen Benachteiligung von Frauen*, sondern bringt auch ökonomische Nachteile für alle Menschen in Österreich; rund 123 Milliarden Euro¹ würde echte Gleichstellung das BIP wachsen lassen.

Arbeit

Es gibt unterschiedliche Gründe, warum Menschen keiner Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Einer davon ist, dass es oft die Unternehmen selbst sind, die nur Teilzeitbeschäftigungen anbieten. Andere Gründe sind gesundheitlichen Einschränkungen oder Betreuungspflichten (für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige), die eine Vollzeitbeschäftigung unmöglich machen.

Grundsicherung

Menschen müssen langfristig abgesichert sein, das bedeutet eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes, die Anpassung von Leistungen an reale Gegebenheiten – wie Wohnkostenverordnungen an Marktgegebenheiten und Standards, die sich an Mindestleistungen orientieren, statt diese zu deckeln. Zudem ist von Leistungen, die im „Gießkannenprinzip“ ausgeschüttet werden, abzusehen und bestehende sinnvolle Instrumente zur Armutsbekämpfung anzuwenden und auszubauen. Die kapitalistische Mähr von Leistung, die sich lohnt, darf nicht den Diskurs bestimmen. Die Problematik zeigt sich insbesondere auch an der Situation, dass 70% der Mindestsicherungsbezieher*innen sogenannte „Aufstocker*innen“ sind, also Menschen, die sich trotz Vollzeitjob das Leben nicht leisten können.

Wohnen

Zurückhaltung bei Mietpreisdeckel und Mietpreisbremsen, wo andere Länder Europas bei der aktuell höchsten Inflation seit Jahrzehnten rasch reagierten, zeigte die österreichische Regierung. Die jahrzehntelange Politik, die weder flächendeckend in leistbares Mieten

¹ <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/frauen-gleichstellung-liesse-bip-um-knappes-drittel-wachsen-128994925>

investierte noch öffentlichen Wohnbau im Mietsegment als Ziel verfolgte, hat Spekulation mit einem Grundrecht – dem des Wohnens – überhaupt ermöglicht.

Gesundheit

Vom „Kaputtsparen“ des Gesundheitssystems, dem Mangel an Kassenärzt*innen, Psychotherapeut*innen und Pflegeangeboten sind Menschen in Armut am meisten betroffen. Das führt langfristig zur Verschärfung der Problematik – von pflegenden Angehörigen, die in Armut leben, über die Verschlechterung der eigenen gesundheitlichen Situation, was wiederum zu benachteiligten Chancen am Arbeitsmarkt führen kann.

Asylpolitik

Ein rascher Zugang zum Arbeitsmarkt ist ein zentraler Schlüssel Menschen finanzielle Unabhängigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die ÖVP verwehrt weiterhin geflüchteten Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Populistische Politik auf dem Rücken der Ärmsten geht damit nicht einher. Neben einem Haltungswechsel sehen wir einen Kurswechsel bei der Politik für armutsbetroffene Menschen in Österreich als dringend erforderlich.

Mitglieder des Bündnis

Dachverbände, Interessensvertretungen und ähnliches

ÖGB Tirol, Landesvorsitzender Philip Wohlgemuth

Evangelische Superintendenz A.B. Salzburg und Tirol

Volkshilfe Tirol

arbeit plus - soziale Unternehmen Tirol

aut. architektur und tirol

argeSODiT (Arbeitsgemeinschaft der sozialen Dienstleistungsanbieter für Menschen mit Behinderungen, Lernschwierigkeiten und psychischen Beeinträchtigungen in Tirol)

Die Armutskonferenz Österreich

Katholische Aktion, Diözese Innsbruck

Katholischer Familienverband Tirol

Katholische Frauenbewegung Tirol

obds - Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit, Landesverband Tirol

BAWO - Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe Österreich (Obfrau Elisabeth Hammer)

POJAT - Plattform Offene Jugendarbeit Tirol

Tiroler Integrationsforum

Initiative Menschen-Recht

DTKJ (Dachverband der Tiroler Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen)

FIAN Österreich

SPAK Tirol (alle vertretenen Einrichtungen sind unten separat genannt)

Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe

Die Termiten - Plattform für kritische Sozialarbeit in Tirol
Josefiker Kreis der Arbeiterkammer Tirol
mit Lothar Müller als Koordinator (insgesamt 56 Einrichtungen Tirols in den Bereichen
Bildung, Gesundheit und Soziales vertreten – tlw. einzeln bereits genannt)

Einrichtungen und Institutionen

AEP - Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft
Aktion Leben Tirol

AMB – Verein Angehöriger von Menschen mit Behinderung

arbas - Arbeitsassistenten Tirol

Arche Tirol

AufBauWerk

Autistenhilfe Tirol

Blinden- und Sehbehindertenverband Tirol

Chill Out, DOWAS

Diakonie Flüchtlingsdienst

Diakoniewerk Soziale Dienstleistungen GmbH

Die Eule

Don Bosco Einrichtungen

DOWAS

Emmaus

Evangelische Pfarrgemeinde A.u.H.B. Innsbruck-Christuskirche

Evangelische Pfarrgemeinde Innsbruck -Auferstehungskirche

EVITA Frauen- und Mädchenberatungsstelle

FLUCHTpunkt

Frauen aus allen Ländern

Frauen* im Brennpunkt

Frauenhaus Tirol

Frauenreferat der Diözese Innsbruck

Heilpädagogische Familien gGmbH

Heinz Schoibl, Helix - Sozialforschung und Beratung, Salzburg

Ho & Ruck

IBBA gGmbH

IBUS - Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiterinnen

Initiative Frauen helfen Frauen

InnHouse

Innovia gem. GmbH

ISD Alexihaus

Johanniter Tirol

Jugendwohnstart

Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol

KIZ - Kriseninterventionszentrum

Lebenshilfe Tirol lilawohnt

LL Immo - Leiter Luis KG, die unabhängige Immobilienberatung (u.a. Studienautor zu
leistbarem Wohnen in Tirol)

Männerberatung Mannsbilder
MoHi Tirol - Mobiler Hilfsdienst
Neustart Tirol
Nestwärme Tirol Netzwerk St. Josef
ÖRK Landesverband Tirol
ÖZIV Landesverband Tirol
Plattform Bleiberecht
Plattform Asyl für Menschenrecht
pro mente Tirol
Psychosozialer Pflegedienst Tirol
Rettet das Kind Tirol
Schuldenberatung Tirol
slw Soziale Dienste GmbH
Sozialberatung der tirol-Kliniken
start pro mente gem.GmbH
Suchtberatung Tirol
sucht.hilfe BIN
Teestube Schwaz
Tiroler Arbeitskreis für integrative Entwicklung (TAFIE)
Tiroler Kinder und Jugend GmbH
UK unterwegs
unicum:mensch
Verein Frauen gegen Vergewaltigung
Verein für Obdachlose
Verein Gemeinwohl-Ökonomie Tirol
Verein Rechtsladen Tirol
Verein WAMS
VertretungsNetz Tirol
Vianova Austria
Vinzenzgemeinschaften Tirol
W.I.R. – gGmbH yolvita
ZeMit - Zentrum für MigrantInnen in Tirol
Zentrum sexuelle Gesundheit ZeSa – Zentrum für Soziale Arbeit und Soziale
Dienstleistungen
Z6 - Zentrum für Jugendarbeit
Max Preglau, Universität Innsbruck (u.a. Vertreter des Arbeitskreises gender, care and social
justice)
Alexandra Weiss, Universität Innsbruck (u.a. diverse Veröffentlichungen im Bereich
Sozialpolitik)
Claudia Globisch, Universität Innsbruck (u.a. österreichweite Langzeitstudie zu den
Auswirkungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung auf die BezieherInnen)
Karl Weber, Universität Innsbruck (u.a. Mitautor der Studie zur Umsetzung der
Behindertenrechtskonvention, Kinderrechtskonvention, Expertisen für die AK zum Thema
leistbares Wohnen)